

Wolfgang Fabricius

6 Reproduktionsgenossenschaft

Wolfgang Fabricius

6 Reproduktionsgenossenschaft

6.1 Einführung

Mit wachsender Differenzierung der technischen Fähigkeiten des Menschen entfaltete sich auch die Arbeitsteilung. Mit der Zeit wurden die Tätigkeiten durch Maschinen unterstützt, Manufakturen und Fabriken entstanden. Der Arbeitsplatz war nicht mehr das Zuhause sondern zunehmend Manufaktur oder Fabrik. Reproduktion und Produktion fielen auseinander, die Selbstversorgung wich der Fremdversorgung.

Befanden sich anfangs die Unternehmen noch im Familienbesitz, so wanderten sie mit der Zeit immer mehr in den Besitz von Investoren, die die Produktion zur Mehrung ihres Kapitals einsetzten. Dann kamen die Aktionäre dazu, die ihr Kapital wandern ließen, noch bequemer waren dann Fonds, die schließlich das Kapital ihrer Anleger auf den Finanzmärkten »hebelten“. Der

entstehende Überschuss an Produkten wurde per Bedarfsweckung abgesetzt. Alles war auf Produktion und Gewinnmaximierung getrimmt. Aber unser Globus ist Gemeingut und begrenzte Ressource. Der »Peak-Everything« und die exponentiell wachsende Menschheit erzwingen ein Gegensteuern. Bestimmend darf nicht die konkurrierende Produktion, sondern muss die kooperative Reproduktion von Individuum und Gesellschaft sein. Für die Reproduktion von Mensch und Natur müssen ökonomische Alternativen entwickelt und praktiziert werden, die einen zufriedenstellenden Lebensstandard sichern, aber dennoch ohne Profitrate auskommen. Solche Konzepte werden im Rahmen der Solidarwirtschaft bzw. Solidarischen Ökonomie analysiert und erprobt.

Solidarwirtschaft hat den Kapitalismus von Anfang an begleitet. Bereits zu Beginn des Konkurrenzsystems Kapitalismus haben sich – zunächst wenig beachtet aber kontinuierlich zunehmend – in Europa und weltweit Genossenschaften bzw. Kooperativen entfaltet, um vom Kapital okkupierte Bereiche, insbesondere der Infrastruktur der Daseinsvorsorge, für die Bürger zurückzuerobern. Die Genossenschaften lassen sich prinzipiell in drei Gruppen einteilen, die Produktions-, die Handels- und die Reproduktionsgenossenschaften. Es existieren allerdings viele Mischformen.

Die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften sind die im Unternehmen Tätigen. Sie benötigen in der Regel externe Investoren, Auftraggeber und Abnehmer. Diese Genossenschaften entsprechen am direktesten unserer produktionsorientierten Denkweise und nehmen deshalb in der Diskussion den größten Raum ein, sind aber die am wenigsten beständigen und richten sich auch nicht direkt, sondern allenfalls indirekt gegen das Profitsystem. Mit Adornos Diktum »Es gibt kein richtiges Leben im falschen« könnte gesagt werden: Was soll eine solidarische Produktion, wenn die Produkte auf den kapitalistischen Markt wandern. Das spanische Mondragon ist u. a. deshalb ökonomisch erfolgreich, weil es die Alterssicherung seiner Mitarbeiter auf den Finanzmärkten hebelt.

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften sind einerseits wegen der agrarwirtschaftlichen Subventionierung und andererseits wegen der relativ kurzen Vermarktungswege in diesem Bereich erfolgreich, unterscheiden sich aber nicht relevant von anderen kommerziellen Unternehmungen.

Die mächtigsten und exponiertesten Handelsgenossenschaften in Deutschland sind wohl Rewe und Edeka. Sie wurden ursprünglich von Geschäftsführern von Einzelhandelsgeschäften gegründet, um gemeinsam einkaufen zu

können. Diese Unternehmen unterscheiden sich nicht wesentlich von Supermärkten nichtgenossenschaftlicher Form. Rewe und Edeka sind als Deutschlands größte Einzelhandelsketten zwar betriebswirtschaftlich sehr erfolgreich, können aber nicht als solidarwirtschaftliche Unternehmen angesehen werden.

Zu den Handelsgenossenschaften können auch die Winzergenossenschaften gerechnet werden, die eine gemeinsame Vermarktung, zum Teil auch eine gemeinsame Verarbeitung ihrer Erzeugnisse betreiben. Auch im Providerbereich entstehen Handelsgenossenschaften mit gemeinsamem Einkauf von Internetkapazität.

Als Reproduktionsgenossenschaften werden hier im Wesentlichen alle Arten von Konsumgenossenschaften im Bereich der Daseinsvorsorge inklusive Genossenschaftsbanken bezeichnet. Ihre Mitglieder sind die Investoren, Auftraggeber und Abnehmer der Produkte und Leistungen dieser Unternehmungen. Sie werden im Dienstleistungsbereich gegründet und übernehmen Schritt für Schritt auch die Produktion der von ihren Mitgliedern benötigten Produkte. Leider sind sie vom ursprünglichen reinen Mitgliedergeschäft abgekommen und damit zum Teil Akteure auf dem kapitalistischen Markt geworden.

Der Begriff »Reproduktionsgenossenschaften« bezeichnet besser die Zielsetzung dieser Unternehmungen als die Begriffe Verbraucher- oder Konsumgenossenschaften, da diese einerseits mit »Verbrauch« oder »Konsum« einen eher destruktiven Eindruck vermitteln, andererseits die Intention dieser Genossenschaften, sich über die Distribution hinaus auch in die Produktion vorzuarbeiten, nicht primär erkennen lassen und deshalb zu permanenten Missverständnissen führen.

Weil im Idealfall nur die Reproduktionsgenossenschaften primär die Ablösung des Profitsystems zum Ziel haben, ist ihre Entstehung und Entfaltung Hauptgegenstand des folgenden Textes.

6.2 Die Ursprünge der genossenschaftlichen Solidarwirtschaft

Während Elinor Ostrom vorwiegend Genossenschaften beschreibt, die Ressourcen verwalten, bildeten sich im Kapitalismus des 18. Jahrhunderts Genossenschaften heraus, die sich mit der Infrastruktur der Daseinsvorsorge, der Reproduktion von Individuum und Gesellschaft, befassten. Von folgenden

Pionieren wird berichtet¹⁴⁹: Im Jahre 1760 erwarben Werftarbeiter von Chatham und Woolwich eine eigene Mühle und eine eigene Bäckerei um ihre Lebenshaltungskosten zu senken. 1769 kauften Weber aus Fenwick in Schottland die Waren für ihre Familien gemeinsam ein. 1777 bis 1800 betrieben zwei schottische und eine englische Lebensmittel-Assoziation je einen Laden. 1812 eröffnete in Lennoxton in Schottland die *Friendly Victualling Society*, die weltweit erste Genossenschaft mit einem Rückvergütungssystem. Sie existierte 153 Jahre, bis sie 1965 mit einer Nachbargenossenschaft verschmolzen wurde. 1799 richtete Robert Owen in seiner Fabrik *New Lanark*, Schottland, für seine Arbeiter neben zahlreichen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen (Verkürzung der Arbeitszeit auf 10,5 Stunden, Kinderarbeit erst ab zehn Jahren, eine Schule für Kinder ab zwei Jahren, Kranken- und Altersversicherung, Güter des täglichen Bedarfs auf dem Firmengelände zu niedrigen Preisen, preiswerte Wohnungen etc.) zahlreiche kleine Arbeits- und Lebensgemeinschaften ein. *New Lanark* war allerdings, obwohl Genossenschaft, nicht genossenschaftliches Eigentum dieser Arbeiter. Owen verkaufte *New Lanark* 1820, um in den USA in größerem Maßstab *New Harmony* zu errichten und so zerfiel *New Lanark* wieder. Konsumgenossenschaften hat Owen als Verfälschung seiner Ideen bezeichnet.

1827 gründeten William King und William Bryan im südenglischen Badeort Brighton die Co-operative Trading Association, die erste konsumgenossenschaftliche Bewegung mit etwa 300 Genossenschaften. Sie gaben die erste Genossenschaftszeitung den »Co-operator« heraus. In den 1830er Jahren zerfiel diese Bewegung jedoch wieder, weil sie den Genossen weder niedrigere Preise noch eine Rückvergütung anbot.

1832 gründeten Weber in Rochdale auf der Basis von Kings Ideen die Rochdale Friendly Cooperative Society und eröffneten ein Jahr später einen Genossenschaftsladen, der jedoch zwei Jahre später wieder geschlossen werden musste, weil sie ihrer Kundschaft Kredit gewährt hatten und dann selbst kein Geld mehr besaßen um Waren einzukaufen. Weil sie selbst keinen Kredit aufnehmen wollten, wurde der Laden geschlossen.

Rochdaler Pioniere: 1844 haben 28 dieser Weber, die sich jetzt *Redliche Pioniere von Rochdale* (*Rochdale Society of Equitable Pioneers*) nannten, auf

¹⁴⁹ Hasselmann 1971: Erwin Hasselmann, »Geschichte der Deutschen Konsumgenossenschaften«, COOP Verlag GmbH, Hamburg 1971

der Basis der Erkenntnisse aus ihren eigenen und ihrer Vorgänger Versuche mit einem gegenüber 1932 überarbeiteten Konzept einen neuen Laden eröffnet. In den ersten Jahren des Bestehens arbeiteten die Genossen ehrenamtlich. Erst als die Mitgliederzahl 600 überstieg (1848) wurden die ersten Angestellten entlohnt. 1849 wurde ein Buch- und Zeitungsladen, 1850 eine Schule für Kinder und 1855 eine Schule für Erwachsene eingerichtet. 1850 erwarb man Anteile an einer Kornmühle. Damit wurde diese bisher eigenständige Produktivgenossenschaft zum Produktionsbetrieb der Konsumgenossenschaft, eine Baumwollspinnerei und -weberei, eine Schlachterei etc. kamen in den nächsten Jahren hinzu.

Die Arbeiter, die sich bislang mit verfälschten Produkten ernährt und mit minderwertigen Stoffen gekleidet hatten, bezogen jetzt vorzügliche Lebensmittel, webten selbst ihre Kleiderstoffe, mahlen selbst das Korn, schlachteten selbst ihr Vieh. 1860 wurde auch eine Unterstützungskasse für Krankheits- und Todesfälle eingerichtet und immer weitere Lebensbereiche konnten selbstbestimmt verwaltet werden. Die Rochdaler Pioniere beschlossen deshalb die Rücklage von Geldern für soziale und kulturelle Aufgaben und für den weiteren Ausbau ihres Unternehmens. 1865 waren es 6000 Mitglieder, das Gesamtkapital betrug 1,5 Mio. Thaler (das entspricht etwa dem damaligen Jahreslohn von etwa 15.000 Arbeitern).¹⁵⁰

The Rochdale Society of Equitable Pioneers existierte unabhängig bis 1991, dann erfolgte der Zusammenschluss mit den in Rochdale ansässigen *United Co-operatives* und 2007 mit *The Co-operative Group* in Manchester.

Rochdale war Vorbild für alle weiteren Gründungen von Konsumvereinen und -genossenschaften, die sich weltweit ausbreiteten und heute insgesamt 800 Millionen Mitglieder haben. Rochdale nennt sich aufgrund seiner Geschichte bis heute *Birthplace of co-operation* (Geburtsort des Genossenschaftswesens).

Entfaltung der Genossenschaften in Deutschland: Bereits 1845 erfolgten erste Gründungen von Konsumvereinen in Sachsen. 1867 wurde vom Preußischen Reichstag das erste Genossenschaftsgesetz verabschiedet, das 1889 Reichsgesetz wurde und zusätzlich eine Haftungsbeschränkung für die Mitglieder erhielt. 1892 untersagte die SPD ihren Mitgliedern die Mitwirkung in Ge-

¹⁵⁰ Huber, Victor Aimé, »Die Selbsthilfe der arbeitenden Klasse durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung« 1848

nossenschaften und auferlegt ihnen, Gründungen entgegenzutreten. 1894 wurde von den Konsumgenossenschaften die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG) in Hamburg gegründet, die wegen der wachsenden Abnahmemengen beim Einkauf günstigere Rabatte erzielen konnte. Auch nahm sie viele wirtschaftlich bedrohte Produktivgenossenschaften auf und erweiterte somit die Eigenproduktion des Konsumgenossenschaftsbereichs.

1902 erfolgte der Ausschluss der Konsumgenossenschaften aus dem Allgemeinen Verband von Schulze-Delitzsch durch die Produktivgenossenschaften. Somit trennten sich die Produzenten von den Konsumenten zumindest auf Verbandsebene. 1903 wurde von den Konsumgenossenschaften der Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) gegründet.

1905 hatten die Genossenschaften eine Million Mitglieder und erst jetzt, 60 Jahre nach den ersten Gründungen, forderten die Gewerkschaften erstmals dazu auf, Genossenschaften zu unterstützen.

1910 wurde auf dem Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen weltweit dazu aufgerufen, Konsumgenossenschaften zu gründen bzw. ihnen beizutreten. Nach diesem Beschluss hob auch die SPD in Deutschland das Verbot der Mitwirkung in Genossenschaften auf.

Nicht zuletzt wegen des hohen Ansehens, das sich die Konsumgenossenschaften während des Ersten Weltkriegs mit guten Produkten zu fairen Preisen erworben hatten, erfolgte zwischen 1918-22 eine Beitrittswelle von etwa einer Million Mitgliedern.

1930 zählten die deutschen Konsumgenossenschaften etwa 3,5 Millionen Mitglieder. Mit deren Familienangehörigen wurden damit etwa zehn Millionen Menschen versorgt.

Die Konsumgenossenschaften und das Dritte Reich: Bereits vor 1933 forderten die reaktionären Mittelständler die sofortige Auflösung der »jüdisch-marxistischen« Konsumgenossenschaften, was allerdings zu bedrohlichen Ernährungsengpässen geführt hätte. Der Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte deshalb schrittweise in mehreren Stufen:

- das 1933 bereits erlassene Rabattgesetz reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den handelsüblichen Rabattwert von 3 %,
- es wurden regelrechte Beutezüge veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört,
- bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen,
- Neugründungen wurden verboten,

- eine Konzessionspflicht wurde eingeführt,
- die demokratische Selbstverwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt, d. h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z. B.: Als sich Vorstände diesem Vorhaben widersetzen, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden sich der Repression entziehen wollten, wurden sie mit Waffengewalt daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat war dann nur noch reine Formsache),
- 1934 wurde das Kreditwesengesetz erlassen,
- Einlagen mussten ausbezahlt werden,
- das 1935 erlassene »Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften« schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen seien,
- in Pressekampagnen wurde den Genossenschaften der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaftlern persönliche Bereicherung vorgeworfen,
- 1942 wurden die Reste der Konsumgenossenschaften in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt. Damit wurden ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben vom nationalsozialistischen Staat enteignet.

6.3 Die Nachkriegszeit

Nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« lag auch die Genossenschaftsbewegung in Trümmern. Das ehemalige Genossenschaftseigentum im Besitz der »Deutschen Arbeitsfront« wurde von den Besatzungsmächten beschlagnahmt und kommissarisch verwaltet. Zwar hatten sich die Militärregierungen der Besatzungszonen für den Aufbau von Genossenschaften ausgesprochen, jedoch waren solche Aufbauversuche der unterschiedlichen Politik der Militärregierungen in den einzelnen Zonen ausgeliefert. Im kapitalistischen Teil Deutschlands tendierte man dazu, individuelles Eigentum dem kollektiven vorzuziehen, während im sozialistischen Teil staatliches Eigentum kollektivem vorgezogen wurde.

Die Konsumgenossenschaften hofften noch lange, sich in Ost und West wieder zu einer großen Konsumgenossenschaftsbewegung mit einem starkem

Zentralverband und der Großeinkaufsgesellschaft zusammenschließen zu können. Sie mussten jedoch einsehen, dass das bei zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen auch für sie nicht möglich war. Zunächst kam es also darauf an, auf lokaler Ebene wieder in den Besitz des ehemaligen konsumgenossenschaftlichen Vermögens zu kommen. Dies war nicht einfach, da alles bis zur Währungsreform unter der Aufsicht der Militärregierungen stand und Vollmachten erteilt und auch wieder zurückgezogen wurden. Auch die Trennung der Mitglieder und Einrichtungen in Ost und West bereitete große Schwierigkeiten.

Der Westen: Nach dem Dritten Reich hatten die Konsumgenossenschaften in der BRD mit vielen externen und internen Problemen zu tun, die auch mit dem Neoliberalismus und dem »Wirtschaftswunder« zusammenhingen:

- Weiterbestehen von Gesetzen des Dritten Reiches (Rabattgesetz und Kreditwesengesetz),
- Neoliberalisierung des genossenschaftlichen Denkens und Handelns (etwa ab 1952),
- Einführen des Nichtmitgliedergeschäfts (Anbieterseite des kapitalistischen Marktes!),
- Aufnahme von Krediten (Kreditexpansion!),
- Erstarken der Konkurrenz durch amerikanische Supermärkte und amerikanisches Kapital,
- das steigende Lohnniveau der Arbeitnehmer machte die Mitgliedschaft in Genossenschaften überflüssig,
- für die – entsprechend dem steigenden Anspruchsniveau – stetig wachsende Produktpalette wurde die genossenschaftliche Entscheidungsstruktur zu schwerfällig und
- der Antikommunismus: Das Wort Genosse wurde zu sehr mit dem Realsozialismus der DDR identifiziert.

Auch wurde das Genossenschaftsgesetz schrittweise immer weiter dem Aktiengesellschaftsgesetz angenähert. 1973 wurde beispielsweise die Mitgliederversammlung weitgehend entmündigt, indem in das Gesetz aufgenommen wurde, dass der Vorstand die Genossenschaft unter eigener Verantwortung zu leiten hat.

Der Osten: In der DDR regelte der Befehl 176 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD176) vom 18.12.1945 die organisatorischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Seiten des Wiederaufbaus der Konsumgenossenschaften. Sie sollten aber dann durch die staatlichen Handels-

organisationen (HO) abgelöst werden, was allerdings nie vollständig gelang, weil die HO zu unattraktiv und die Konsumgenossenschaften zu beliebt waren. Die Konsumgenossenschaften wurden jedoch systematisch u. a. durch folgende Maßnahmen behindert:

- 1949 wurde der »gesellschaftliche Einzelhandel« erstmals in den Volkswirtschaftsplan einbezogen.
- 1953 sollten die Konsumgenossenschaften per SED-Beschluss den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf das Land verlegen.
- 1956 wurden sie gesetzlich der Weisungsbefugnis des Ministeriums für Handel und Versorgung unterstellt, und damit quasi verstaatlicht.
- 1960 musste der genossenschaftliche Großhandel zugunsten des staatlichen Großhandels aufgegeben werden.
- 1968 wurden Bäckereien (z. B. Lichtenberg) dem VEB Backwarenkombinaten angegliedert.
- Der Konsum Berlin musste wichtige Objekte wie die Markthalle, die Ackerhalle, das Bauarbeiterhotel und die Bauarbeiterversorgung abgeben.

6.4 »Die 68er APO«

Bis auf den Wohnungs- und Bankenbereich gelang es den neoliberalen Nachkriegskräften im Westen und dem Staat im Osten, die Solidarwirtschaft zurückzudrängen bzw. in Schach zu halten. Die 68er außerparlamentarische Opposition (APO) kämpfte für eine antiautoritäre partizipative Demokratie. Es wurde zwar von Vergesellschaftung gesprochen, aber praktische Ansätze einer Solidarischen Ökonomie waren nicht erkennbar. Erst mit dem Tunix- und Tutwat-Kongress rückten auch ökonomische Aspekte ins Blickfeld. Der Mehringhof wurde gekauft, es fanden Hausbesetzungen statt, es entstanden Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVGen), Ökodörfer wurden gegründet etc. Es fehlte jedoch ein spezielles strategisches Grundkonzept zur Ablösung des Profitsystems.

Die antiautoritären Aktivitäten der 68er- und die Auseinandersetzungen der 70er- und 80er-Jahre hatten eher appellativen und demonstrativen Charakter und waren mehr gegen den Staat als gegen das Profitsystem gerichtet.

Robert Kurz kritisiert diese Alternativprojekte sehr herb, aber nicht unzutreffend: *»Die Reste der jüngeren Alternativbewegung dagegen besetzten hauptsächlich Marktnischen im Kasinokapitalismus durch handwerkliche Lu-*

xusproduktion für eine betuchte Honoratiorenkundschaft, durch Edel- und Ethno-Gastronomie, Kultur- und Sozialarbeitsklitschen (kommerziell oder am Staatstropf) usw.

Hier hat sich ein klassisches Mittelstands- und neues Spießbürgerpotential übelster Sorte zusammengebraut, das entweder den keynesianischen Umverteilungsgeldern hochkonkurrent nachjammert oder gar längst wieder »stolz« auf sein »selbsterarbeitetes« und selbsterrafftes Kleineigentum ist, protestantischen Arbeitsmasochismus pflegt und politisch zwischen kommunaler SPD-Mafia und grünen Realos angesiedelt ist. ... Zwar gibt es unter den Resten der Alternativbewegung auch Menschen, die sich ihren emanzipatorischen Anspruch und die radikale Gesellschaftskritik nicht abgeschminkt haben, aber sie finden dafür in ihrem eigenen Milieu keinen sozialen Boden mehr«.¹⁵¹

6.5 Ablösung des Profitsystems oder »Occupy the Economy«

»Ist es nicht verrückt: Man kann sich eher das Ende der Welt als das Ende des Kapitalismus vorstellen«.¹⁵²

Dreh- und Angelpunkt für eine nachhaltige Reproduktion der Gesellschaft ist die Entwicklung von Alternativen, die ohne Profitrate auskommen. Kern dieser Konzepte ist die Umkehr der mit unserem Wirtschafts-, Steuer- und Sozialversicherungssystem erfolgenden, staatlich abgesicherten Umverteilung des Geldes von unten nach oben. Hinzu kommt die Rendite der Eigentümer über den Mehrwert aus dem Arbeitsprozess, der auch Bestandteil des Preises aller Produkte und Dienstleistungen auf dem kapitalistischen Markt ist. Der Staat, der nie ein Staat der Eigentumslosen, sondern immer ein Staat der Eigentümer war, die ihr Eigentum sichern und mehren wollten, begleitet und steuert auch diesen Prozess. Primäres Ziel der Solidarischen Ökonomie muss deshalb sein, den Automatismus der Umverteilung von unten nach oben, vom Arbeitsertrag zum Kapitalertrag, über alternative Strukturen zu durchbrechen.

Die Umverteilung über den Mehrwert veranschaulicht das Marxsche Wertgesetz ($W = c + v + m$): Im Preis der Ware (W) sind die Kosten für Ressourcen und Infrastruktur (c), die Löhne (v) und der Mehrwert (m), der Profit des Inves-

¹⁵¹ Kurz 2001: Robert Kurz, Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des »Marxismus« <http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml> 2001

¹⁵² Occupy-Aktivist in der ARD

tors, enthalten. Ist aber der Konsument der Kapitalgeber, wird der Mehrwert aufgehoben ($W = c + v$) und die Produzenten können sich mit den Konsumenten darüber unterhalten, ob die Löhne (v) erhöht, die Preise (W) gesenkt oder die Infrastruktur (c) zur Arbeitserleichterung erweitert bzw. verbessert wird. Die Alterssicherung müsste nicht über die Finanzmarkthasardeure in den Banken und Versicherungen erfolgen, sondern könnte im Sinne eines Peer-to-Peer-Banking über Direktinvestitionen in die selbst genutzte Daseinsvorsorge stattfinden. Wie hilfreich solche Investitionen im Dienstleistungs- und Eigentumsbereich der Daseinsvorsorge (Lebensmittel, Wohnen, Bildung, Gesundheit etc.) sein können, zeigt die Strategie der oben angeführten Rochdaler Pioniere.

Auch Robert Kurz hat diesen Prozess der Umverteilung und deren Aufhebung treffend dargestellt: »Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich. ...

*Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen, folgt daraus, dass sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen, bis sie bei den Grundstoffen angelangt und das warenproduzierende System aufgehoben ist.*¹⁵³

Um wenigstens ein lineares Wirtschaftswachstum zu erzielen, mussten die Bürger veranlasst werden, einerseits entsprechend intensiv zu produzieren und andererseits ebenso intensiv zu konsumieren. Auf der Seite der Produzenten wurde also die Produktivität durch Rationalisierung, Automatisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität gesteigert.

Auf der Seite der Konsumenten folgte, als in den 50er Jahren die Bedarfsdeckung erreicht war, über eine immer raffiniertere Werbung eine Bedarfswe-

¹⁵³ Vgl. Kurz, Robert, ebda

ckung (aus der Hausfrau wurde z.B. eine Frau Saubermann und aus der Frau Saubermann die Frau Keimfrei), dazu kam die Ex-und-Hopp-Produktion (es wurden in die Produkte gezielt Verschleißfaktoren eingebaut sowie Einweg- und Wegwerfartikel produziert). Um mehr kaufen zu können, sollten die Konsumenten sich verschulden (selbst zinsfreie Kredite wurden und werden gewährt). Der Export brachte zusätzliche Gewinne und durch die Globalisierung konnte alles noch weiter perfektioniert werden. Neuerdings werden Gesetze erlassen, um die Menschen zum Kauf zu animieren (Abwrackprämie) bzw. zu zwingen (Sparlampe). Statt die **Bedarfsweckung** in den Luxusetagen unserer Gesellschaft weiter zu perfektionieren, sollte die **Bedarfsdeckung** aller Menschen angestrebt und erreicht werden.

Die Reproduktionsökonomie erlebt jetzt in vielen Bereichen und unterschiedlichen Formen, beispielsweise in Selbsthilfvereinen, in Verbrauchergemeinschaften, in landwirtschaftlichen Projekten (Solidarische Landwirtschaft, Community Supported Agriculture (CSA), Nichtkommerzielle Landwirtschaft, etc.), in einem Genossenschafts Kaufhaus, in einer Initiative Genossenschaft von unten, in einem Allmende-Kontor etc., eine lebhaftere Renaissance.

Umfassendere Ansätze etablieren sich beispielsweise in den **Dorfläden und dem Dorfladennetzwerk in Deutschland**: In bereits rund 200 Ortschaften in Deutschland gibt es Dorfprojekte, die schon in den ersten zwei bis drei Jahren schwarze Zahlen schreiben. Über das Angebot von Milch und Käse hinaus helfen Jugendliche Senioren im Umgang mit dem Internet. Müttern dient das Ladenlokal als Treffpunkt. Schulkinder erhalten warmes Mittagessen. Es entstehen Dorfgemeinschaftshäuser mit Einkaufs-, Kommunikations- und Bildungsmöglichkeiten.

Die Vorteile eines Dorfladens sind vielfältig: Arbeit und Geld bleiben in der Region, Produkte aus der Heimat, Einzigartigkeit der Produktpalette, gesunde und bewusste Ernährung, Verantwortung gegenüber der Natur, Qualität der Produkte und der Arbeit, kürzere Fahrwege, höhere Wertschätzung der Erzeuger, Steigerung der Attraktivität und Existenzsicherung des Ortes, Kommunikation und Vermittlung von Kenntnissen.

Auch **Dorfbewegungen in Europa** entfalten sich: Die Bürger von eingemeindeten Dörfern ärgern sich, dass die ihre Ortschaft betreffenden Entscheidungen nicht mehr von ihnen selbst getroffen werden können, sondern nur noch von außen, von der übergeordneten Gemeinde, kommen. Deshalb haben sich in Finnland und Schweden (1970), Dänemark (1976), Norwegen (1977),

Holland (1979), England (1980), Schottland (1982), Wales und Irland (1990), Estland (1992), Portugal (1993), Ungarn (1998), Slowakei (2000), Island (2001), Polen und Litauen (2002), Slowenien (2003) und Lettland (2004) Dorfbewegungen u. a. in Vereinen mit bis zu 4000 Dörfern zusammengefunden.

»Eine Dorffaktions-Bewegung ist eine leise Revolution. Sie will Akteure des jeweiligen Dorfes motivieren und befähigen, ihre Zukunft selbst zu gestalten – indem sie eigene Dorfentwicklungspläne ausarbeiten, lokale Aktionen zu deren Realisierung organisieren und partnerschaftliche Beziehungen zu den Örtlichen Behörden aufbauen.«¹⁵⁴

Neustart Schweiz will mit dem Aufbau von vielfältigen **Nachbarschaften** und Nachbarschaftszentren beginnen, die als selbstständige wirtschaftliche und soziale Organismen die wichtigsten Bedürfnisse des Alltags abdecken (Begegnung, Versorgung, Dienstleistung, Freizeitgestaltung). Das ökologische und soziale Potenzial solcher Nachbarschaften mit 500 bis 1000 Bewohnern und Bewohnerinnen ist erheblich. Erste Erfahrungen sind sehr positiv.

Dario Azzellini beschreibt sehr ausführlich die im Jahre 2006 durch Gesetz geschaffenen **Kommunalen Räte in Venezuela**, die ebenfalls auf Nachbarschaftsbeziehungen beruhen.¹⁵⁵ Auf Antrieb entstand eine explosionsartige Gründungswelle von etwa 50.000 dieser Räte (consejos comunales). Wesentlichstes Entscheidungsorgan dieser Räte sind die Nachbarschaftsversammlungen. Alle Bewohner und Bewohnerinnen ab dem 15. Lebensjahr wählen Sprecher und Sprecherinnen für verschiedene Bereiche wie Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur, die die Arbeit der Kommunalen Räte unterstützen. Mehrere kommunale Räte können sich zu einer Comuna und mehrere Comunas und Räte zu einer Kommunalen Stadt zusammenschließen. Die Kommunalen Räte bestehen in städtischen Gebieten aus etwa 200 bis 400, in ländlichen Gebieten aus 20 und in indigenen Gemeinden aus 10 Familien. Eine Anschubfinanzierung erhalten die Räte durch den Staat und seine Institutionen, zum anderen Teil auch durch die Kommunen. Ehrenamtliche Arbeit wird zusätzlich geleistet.

Die nicht sehr erfolgreichen etwa 200.000 Produktionsgenossenschaften Venezuelas, die teilweise nur wegen der staatlichen Subventionen weiterbe-

¹⁵⁴ Halhead, Vanessa, »Dorfbewegungen in Europa – Verallgemeinerte Erfahrungen«, Berlin 2006

¹⁵⁵ Azzellini, Dario, Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune: »Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela«, Hamburg 2010

standen, haben durch die kommunalen Räte, die bereits selbst Kooperativen gründen, sinnvolle Auftraggeber erhalten. Über die Kommunalen Räte bestimmen so die Verbraucherinteressen immer direkter die Produktion und die Ökonomie.

6.6 Entscheidungsstruktur

Wie fatal das Fehlen von partizipativen Entscheidungsstrukturen sein kann, lässt sich vielleicht am Beispiel der DDR veranschaulichen. Artikel 12 der Verfassung der DDR lautete: *»Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Tal-sperrren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandssockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, der Seeschifffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen sind Volkseigentum. Privateigentum daran ist unzulässig«*. Damit war selbst jede nichtkommerzielle autonome Nutzung und Pflege dieser Gemeingüter behindert, ja unterbunden.

Die Strategie der (linken) Parteien war bisher nur auf die Machtergreifung ausgerichtet. Wenn sie die Macht errungen hatten, errichteten sie eine monohierarchische Parteidiktatur und unterdrückten alle Ansätze von autonomer Ökonomie und Solidarwirtschaft.

Dazu Robert Kurz: »Der Mainstream des alten Arbeiterbewegungs-Marxismus ... organisierte sich nicht reproduktiv und lebensweltlich antikapitalistisch, sondern bloß politisch, als historische abstrakte »Willenskundgebung« ohne reale reproduktive Verankerung, und damit als »politische Partei« (und parallel dazu gewerkschaftlich für den Kampf um systemimmanente Gratifikationen).

*Alles wurde dem Ziel der politischen Machtergreifung untergeordnet, um dann folgerichtig »von oben«, durch zentrale etatistische Eingriffe, die kapitalistische Reproduktion gewissermaßen sozialistisch-planwirtschaftlich »umstülpen« zu wollen. Die politische Macht erscheint hier als der archimedische Punkt und ein alternativer Staatsapparat (»Arbeiterstaat«) als der zentrale Hebel der Umwälzung«.*¹⁵⁶

Es kommt also nicht allein auf den Besitz der Gemeingüter an, sondern neben einem geeigneten ökonomischen Konzept, das den Bedürfnissen der Kon-

¹⁵⁶ Vgl. Kurz, Robert, ebda

sumenten und Produzenten gerecht wird, auch auf eine transparente und partizipative Entscheidungsstruktur.

Genossenschaften: Genossenschaften wurden und werden von den Mitgliedern – »von unten« – gegründet, müssen von unten ständig gepflegt und im Bedarfsfall auch von unten »renoviert« werden. In Genossenschaften sind zweierlei Entscheidungsstrukturen relevant: die formalen, gesetzlich vorgeschriebenen, aber auch zusätzliche inhaltliche, nicht vom Gesetz verlangte, die deshalb in der Satzung verankert werden müssen. Während die Mitglieder von Vertreterversammlungen, die ab 1500 Genossenschaftsmitgliedern eingerichtet werden können, die Mitgliederversammlung im Wesentlichen ablösen, alle Detailentscheidungen einer Genossenschaft zu bewerten haben und somit inhaltlich überfordert sind, können bereichsbezogene Arbeitsgruppen sich der Details dieser Bereiche annehmen.

Die »Freie Scholle« in Bielefeld hat beispielsweise ihre gesetzliche Selbstverwaltung um eine haus- und bezirksbezogene Struktur erweitert. Denkbar sind zusätzliche Arbeitsgruppen für bestimmte Themen wie Energieeinsparung, Begrünung der Anlage, Anordnung der Fahrradparkplätze, Fluchtwege, eine Leihgemeinschaft, Versorgungsgemeinschaften für Lebensmittel, Gegenstände des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen aller Art etc. wie sie beispielsweise in der Möckernkiez-Genossenschaft in Berlin geplant sind.

Durch Verschmelzung von Reproduktionsgenossenschaften in den unterschiedlichsten Bereichen der Daseinsvorsorge können in einem späteren Schritt die das Profitsystem akzeptierenden Kommunen und Staaten von profitreien Kommunen und Staaten »von unten« abgelöst werden.

Bauprinzipien langlebiger Allmenderessourcen-Institutionen. Unter Bauprinzip versteht Elinor Ostrom¹⁵⁷ ein wesentliches Element oder eine wesentliche Bedingung, kraft derer sich Institutionen aufrechterhalten und die generationenlange Einhaltung ihrer Regeln gesichert haben. Sie wagt jedoch nicht zu behaupten, dass diese Bauprinzipien notwendige Bedingung für die institutionelle Robustheit der Allmenderessourcen-Szenarien sind, sondern sieht weiteren Forschungsbedarf. Sie führt folgende mit einer umfangreichen Wissenschaftlergruppe aus weltweiten Analysen ermittelte grundlegende Bauprinzipien auf:

¹⁵⁷ Ostrom, Elinor, »Governing the commons. The evolution of institutions for collective action«, (dt. Verfassung der Allmende) 1990/1999

- Klar definierte Grenzen und einen wirksamen Ausschluss von externen Nichtberechtigten.
- Regeln bezüglich Aneignung und Bereitstellung der Allmenderessourcen müssen an die lokalen Bedingungen angepasst sein.
- Die Betroffenen nehmen an Vereinbarungen zur Änderung der Regeln teil.
- Überwachung der Einhaltung der Regeln durch die Betroffenen.
- Abgestufte Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstößen.
- Mechanismen zur Konfliktlösung.
- Die Selbstbestimmung der Gemeinschaft wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt.
- Einbettung in ein komplexeres System

Auch die **Erweiterung und Intensivierung der Operationsräume durch Kommunikationstechnik** ist von entscheidender Bedeutung. Die Erfindung der Lautschrift ergänzte die mündliche Überlieferung wesentlich und ermöglichte große Staatsgebilde wie das Griechische und das Römische Reich. Der Buchdruck, der das aufwendige Abschreiben ablöste, erlaubte dem Abendland, sich auf weitere Kontinente auszudehnen. Die Informationstechnik und das Internet schließlich bieten jedem Individuum noch lange nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten der globalen Kommunikation und Kooperation.

Visionär war Linus Torvalds Entscheidung, seinen neuentwickelten Kernel, Linux genannt, 1991 im Quellcode der weltweiten Gemeinde der Softwareentwickler zur gemeinsamen Weiterentwicklung zur Verfügung zu stellen, die bis dahin nur kompilierte Codes und Lizenzen kannten. Es entfaltete sich die Produktion *Freier Software* (Linux, Apache, Libre Office etc.) und analog dazu der Austausch von *Freiem Wissen* (Wikipedia, Open Knowledge etc.).

Ganz wesentlich für die weitere Entwicklung von Kommunikation und Kooperation war auch die Erfindung (1989) und Implementierung (1991) des HTML-Protokolls durch Tim Berners Lee am CERN in Genf, das die Entfaltung des World Wide Web (WWW) ermöglichte. Auf dieser Basis hat sich eine **Peer-to-Peer-Produktion** (engl. peer: »Gleichgestellter«, »Ebenbürtiger«), der direkte Zusammenschluss von Konsument und Produzent, Abnehmer und Anbieter von Produkten und Dienstleistungen, entwickelt.

Investoren, Groß-, Zwischen- und Einzelhandel, Verlage etc. werden bei dieser Produktion Schritt für Schritt überflüssig. Werbung wird durch Produktinformation ersetzt, die auch sozioökologische Indices umfasst. Von Nutzergemeinschaften können selbst die Funktionalität und das Design der Produkte

mitentwickelt werden. Die Finanzierung der Produktion kann als Vorfinanzierung über Peer-to-Peer-Banking erfolgen, die auch zu einer merklichen Dämpfung unsinniger Luxusproduktion führen dürfte.